IX. STEUERSTREITIGKEITEN ZWISCHEN BUND UND KANTONEN

CONTESTATIONS ENTRE LA CONFÉDÉRATION ET LES CANTONS EN MATIÈRE FISCALE

48. Urteil vom 2. November 1916,

i. S. Schweizerische Bundesbahnen, Kreisdirektion III,
gegen Zürich Regierungsrat und Gemeinde Albisrieden.

Art. 10, Abs. 2 des Rückkaufgesetzes vom 15. Oktober 1897.
Steuerfreiheit der Bundesbahnen für ein Grundstück, das
zur Fassung darin befindlicher Quellen und Ableitung
des Wassers nach einem Bahnhof für Betriebszwecke er-
worben worden ist, auch wenn es nebenbei einen gewissen
landwirtschaftlichen Ertrag abwirft.

A. — Die Schweizerischen Bundesbahnen sind Eigen-
tümer eines Landkomplexes (Kat. N^o 459, 464 und 466)
unterhalb der Triemlistrasse in Albisrieden, der von ihrer
Rechtsvorgängerin, der Schweiz. Nordostbahn im Jahre
1875 zum Zwecke der Fassung des ihn durchziehenden,
von der Uetliberglehne herkommenden Grundwassers ge-
kauft worden ist. Die Fassung geschieht durch ein System
von Sickerröhren, die in verschiedene unter sich verbun-
dene Sammler (sog. Brunnenstuben) einmünden; von
dem letzten, am tiefsten gelegenen dieser Sammler wird
sodann das Wasser in einer geschlossenen Eisenröhre nach
dem Hauptbahnhof Zürich geführt. Unterwegs sind davon
gemäss alten Verpflichtungen 37½ Liter per Minute zur
Speisung der beiden Pilgerbrunnen an der Albisrieder-
und Badenerstrasse und 6 Liter per Minute an die Stadt
Zürich zu beliebiger Verwendung abzugeben, der 240 Liter
per Minute betragende Rest dient im Hauptbahnhof

Zürich zur Speisung laufender Brunnen für Wagenwasch-
zwecke und zur Füllung der Reservoirs für den Rangier-
dienst. Um auch das die oberhalb ihres Eigentums ge-
legenen Grundstücke Kat. 421-423 durchziehende Wasser
fassen zu können, hat die Bahn sich s. Z. das servituta-
rische Recht einräumen lassen, in diesen Grundstücken
nach Wasser zu graben und es zu fassen, und hat tatsäch-
lich auch ein kleineres Quantum abgeleitet, das sich in
den obersten, auf ihrem Grundeigentum angelegten
Sammler ergiesst. Mit Rücksicht hierauf hat im Jahre
1909 der Audienzrichter des Bezirksgerichts Zürich dem
Eigentümer der Kat. N^o 421 — Albert Keller — den Bau
einer Scheune verboten, weil dadurch die Dienstbarkeits-
rechte der S. B. B. beeinträchtigt würden. Weitere Be-
schränkungen für die Bewirtschaftung zum Zwecke der
Reinhaltung des Wassers bestehen auf den Kat. N^o 421-
423 nicht. Wohl aber haben die S. B. B. den Pächter ihrer
Grundstücke Kat. 459, 464 und 466 im Pachtvertrage
verpflichtet, auf einem Streifen von 6 m Breite zu beiden
Seiten des Haupt- und Seitenstranges der durch das
Pachtobjekt führenden Wasserleitung nur mit Asche,
Gips und Kunstdünger, nicht mit Stalldünger oder an-
deren Düngmitteln aus organischen Stoffen zu düngen.

Anlässlich eines im Jahre 1901 zwischen der Steuer-
behörde von Albisrieden und der Nordostbahn entstan-
denen Streites hat der Regierungsrat von Zürich die
letzte für Grundeigentum und Quellen als steuer-
pflichtig erklärt. Doch ist dieser Entscheid — aus nicht
mehr feststellbaren Gründen — nicht ausgeführt und auch
nach dem Uebergang der Nordostbahn an die S. B. B.
diesen gegenüber kein Steueranspruch erhoben worden,
bis im Jahre 1915 die Gemeindesteuerkommission Albis-
rieden der Kreisdirektion III mitteilte, das sie, auf den
früheren Regierungsentscheid aufmerksam gemacht, die
den S. B. B. gehörenden Liegenschaften in Albisrieden
mit 38,500 Fr. zur Vermögenssteuer eingeschätzt habe.

Eine dagegen erhobene Einsprache wurde, soweit die

Frage der Steuerpflicht betreffend, sowohl von der kantonalen Finanzdirektion als vom Regierungsrat, an den die S. B. B. die Direktionsverfügung weiterzogen, abgewiesen, vom Regierungsrat durch Entscheid vom 23. Dezember 1915 mit der Begründung: das Schicksal des Rekurses hänge davon ab, ob die streitige Liegenschaft als mit dem Bahnbetrieb in notwendiger Beziehung stehendes Grundeigentum im Sinne von Art. 10 des Rückkaufgesetzes angesehen werden könne. Bei Beantwortung dieser Frage sei davon auszugehen, dass die den S. B. B. durch das Rückkaufgesetz zugestandene Steuerfreiheit ein Privileg darstelle und dass derartige Privilegien nach anerkannter Regel nicht ausdehnend interpretiert werden dürften. Hiemit lasse sich das Begehren der S. B. B. nicht wohl vereinen. Denn es laufe darauf hinaus, dass Steuerfreiheit jede Liegenschaft genieße, die mit dem Bahnbetrieb in irgend einem, wenn auch nur entfernten faktischen Zusammenhang stehe, während Art. 10 des Rückkaufgesetzes als Voraussetzung des Steuerprivileges die **N o t w e n d i g k e i t** der Beziehungen zum Bahnbetrieb aufstelle. Notwendig für den Bahnbetrieb sei aber eine Liegenschaft nur dann, wenn ohne deren Besitz der Betrieb nicht ordnungsgemäss vor sich gehen könnte. Das könne bei einem in Albisrieden gelegenen, in keinem räumlichen Zusammenhang mit den Bahnanlagen stehenden Grundstück nicht gesagt werden. Der Umstand, dass sich darin Quellen befänden, die zur Speisung von Brunnen im Hauptbahnhof dienen, vermöge die notwendige Beziehung nicht herzustellen. Wenn auch die Versorgung des Bahnhofs mit Trink- und Brauchwasser unbedingtes Erfordernis sei, so erscheine es doch auf der anderen Seite völlig gleichgiltig, ob dieses Wasser aus eigenen Quellenanlagen und Leitungen der Bahn oder aus der allgemeinen Wasserversorgung herrühre. Die S. B. B. seien nicht auf das Albisriederwasser angewiesen, sondern könnten ihren ganzen Wasserbedarf für den Bahnhof Zürich aus der städtischen Wasserversorgung decken. Auf

alle Fälle bedürften sie für die Wasserbeschaffung nicht des Eigentums an der Liegenschaft: Quellenfassung und Wasserleitung könnten auch bestehen bleiben, wenn das Grundstück, mit einer die Reinhaltung sichernden Dienstbarkeit belastet, an einen Dritten abgetreten würde. Ueber die Höhe der Einschätzung hätten die ordentlichen Taxationsorgane und nicht der Regierungsrat zu entscheiden.

B. — Durch Eingabe vom 26. Januar 1916 hat darauf die Kreisdirektion III der S. B. B. beim Bundesgericht das Begehren gestellt, es möge erkennen dass den S. B. B. für ihren Grundbesitz in Albisrieden die in Art. 10 des Rückkaufgesetzes vorgesehene Steuerfreiheit zu gewähren sei. Zur Begründung wird ausgeführt, dass die Wasserfassungsanlage in Albisrieden für die Bahn ein unbedingtes Erfordernis sei, weil sie einen wesentlichen Teil des für den Bahnhof nötigen Wassers liefere. Mit der Feststellung dieses Zusammenhangs sei auch die notwendige Beziehung zum Bahnbetrieb im Sinne des Gesetzes hergestellt. Der Umstand dass es möglich wäre, das Wasser von anderer Seite, nämlich von der städtischen Wasserversorgung zu beziehen, sei für die Frage der Steuerpflicht bedeutungslos. Aber auch für das Land selbst, in dem die Quellenfassungen liegen, seien die gesetzlichen Voraussetzungen für die Steuerbefreiung vorhanden. Bei der Fassung durch offene Sickerrohre in geringer Tiefe, wie sie hier bestehe, müsse darauf geachtet werden, den Boden in der Nähe der Sickerungen vor Verunreinigungen zu schützen. Dieser Schutz könne wirksam nur dadurch gewährleistet werden, dass das Quellgebiet Eigentum des Wasserbesitzers sei, damit schädigende Einflüsse jederzeit und ohne weiteres beseitigt werden könnten. Deshalb seien denn auch dem Pächter beschränkende Bedingungen auferlegt worden, was darin zum Ausdruck komme, dass das Pachtertragnis ganz gering (z. Z. 250 Fr. im Jahre) sei.

C. — Der Regierungsrat des Kantons Zürich hält in

seiner Antwort, in der er auf Abweisung des Steuerbefreiungsbegehrens schliesst, daran fest, dass sich von einer notwendigen Beziehung zum Bahnbetriebe nur dann sprechen lasse, wenn durch den Wegfall der steuerpflichtig erklärten Anlage der Betrieb wesentlich beeinträchtigt würde, und dass diese Voraussetzung angesichts der Möglichkeit, das Albisrieder Wasser durch vermehrten Bezug aus der städtischen Wasserversorgung zu ersetzen, aus der ohnehin der grösste Teil des im Bahnhof verwendeten Wassers herrühre, hier nicht zutreffe. Eventuell könnte sich die Steuerfreiheit jedenfalls nur auf die Quellenanlage erstrecken. Die Liegenschaft lasse sich darein auch bei weitester Auslegung des Gesetzes nicht einbeziehen. Wenn das Grundstück wegen der Quellenanlage unter Beachtung gewisser Vorsichtsmassregeln bewirtschaftet werden müsse, so werde dadurch höchstens seine Bewertung beeinflusst, ein notwendiger Zusammenhang zum Bahnbetrieb könne dadurch nicht begründet werden.

Die Gemeinde Albisrieden, die ebenfalls zur Vernehmlassung aufgefordert worden ist, hat sich dieser Antwort in allen Teilen angeschlossen.

D. — An dem auf Begehren der S. B. B. durch eine Abordnung des Gerichts vorgenommenen Augenschein haben die Vertreter des Staats und der Gemeinde zur Widerlegung des Standpunkts der Bahn, dass der Besitz der Liegenschaft selbst für die Reinhaltung des Wassers nötig sei, auf die eingangs erwähnte, bisher im Prozess nicht erörterte Tatsache hingewiesen, dass ein Teil des Wassers in fremdem Boden gefasst werde, dessen Bewirtschaftung keinen Einschränkungen unterliege. Da ausserdem eine Reihe neuer technischer Ausführungen über die Art der Fassung gemacht wurden, ist den Parteien Gelegenheit gegeben worden, ihre Vorbringen zu Händen des Gerichts schriftlich zusammenzufassen.

E. — In der darauf eingereichten Replik haben die S. B. B. betont, dass das aus anderen Grundstücken kom-

mende Wasser nur einen kleinen Teil des Gesamtquantums bilde, und bestritten, dass hierauf etwas ankommen könne. Gerade die Uebelstände, welche sich aus dieser Ableitung aus fremdem Boden für die Reinheit des Wassers ergäben, zeigten, dass für die Zwecke der Wasserbeschaffung mit einer blossen Fassungsservitut nicht auszukommen sei, sondern dem Landeigentümer noch weitere Beschränkungen auferlegt werden müssten. Der Erwerb einer solchen nach allen Richtungen schützenden Servitut würde die Bahn nicht billiger zu stehen kommen als der Ankauf des Landes selbst, so dass sie nicht angehalten werden könne, sich statt dieses mit jenem zu begnügen. Solange sie das zu Betriebszwecken erworbene Land im wesentlichen auch ausschliesslich zu diesen Zwecken benütze, sei damit aber auch dessen Steuerfreiheit gegeben, wie das Bundesgericht in ähnlichen Fällen, so insbesondere in Bezug auf sogenannte Schutzwaldungen, stets anerkannt habe.

F. — Ebenso haben der Regierungsrat von Zürich und der Gemeinderat Albisrieden duplizierend auf ihrer Rechtsauffassung beharrt und zu deren Unterstützung auf einen beigelegten Bericht des Wasseringenieurs Bosshard verwiesen, worin nachzuweisen versucht wird, dass eine Reinhaltung des Wassers bei der gegenwärtigen Art der Fassung überhaupt ausgeschlossen sei, weshalb es ohnehin nur zu technischen Zwecken, nicht als Trinkwasser verwendet werden dürfe. Da hiefür die grössere oder geringere Reinheit bedeutungslos sei, könne mithin von einem Zwang für die Bundesbahnen, das Grundstück selbst zu besitzen, und folglich auch von einer notwendigen Beziehung dieses zum Bahnbetrieb nicht die Rede sein.

Das Bundesgericht zieht
in Erwägung:

1. — Da die Schweizerischen Bundesbahnen lediglich eine Verwaltungsabteilung des Bundes und mit ihm

rechtlich identisch sind, ist die Zuständigkeit des Bundesgerichts zur Beurteilung des vorliegenden Steuerstreits nach Art. 179 OG und feststehender Rechtsprechung gegeben.

2. — In der Sache selbst ist für die Entscheidung massgebend die Bestimmung des Art. 10 Abs. 2 des Rückkaufgesetzes vom 15. Oktober 1897, wonach sich die den Bundesbahnen zukommende Steuerfreiheit auch auf die in ihrem Besitze befindlichen, in notwendiger Beziehung zum Bahnbetrieb stehenden Immobilien erstreckt. Damit diese Beziehung gegeben sei, ist, wie schon wiederholt ausgesprochen wurde, nicht nötig, dass die Einrichtung, um die es sich handelt, für den Betrieb schlechterdings unentbehrlich sei und er ohne sie überhaupt nicht aufrechterhalten werden könnte; es genügt, dass sie tatsächlich Betriebszwecken dient d. h. zum Betrieb gehörende Funktionen erfüllt oder doch bestimmt ist, für dessen Regelmässigkeit und Sicherheit günstige Bedingungen zu schaffen (AS 33 I N° 126 S. 782 f. Erw. 2, N° 127 S. 784 f.). Auch kann nicht verlangt werden, dass die Verwendung zu Betriebszwecken die allein mögliche sei, und eine andere Ausnützung daneben überhaupt nicht in Betracht kommen könne: Voraussetzung ist nur, dass jener Zweck der primäre, vorwiegende ist, vor dem andere Ausnützungsarten als untergeordnet und nebensächlich zurücktreten. Deshalb hat denn auch das Bundesgericht nicht nur in den obenerwähnten Entscheiden den zur Begründung der Besteuerung von Wärterhäuschen oder Dienstwohnungen der Depotchefs in Bahnhöfen vom beklagten Kanton eingenommenen Standpunkt, die Wohnbedürfnisse der Bahnwärter und Depotchefs könnten auch auf eine andere Weise durch Einmietung in Privathäusern befriedigt werden, als unstichhaltig zurückgewiesen, sondern es sind weitergehend auch Bahnhofrestaurationsräumlichkeiten trotz des Besuchs der Wirtschaft auch durch einheimisches Publikum und sog. Schutzwaldungen, obwohl der Erwerb zu Schutzzwecken eine sonstige

Ausbeutung nicht schlechthin ausschliesst, als gänzlich steuerfrei erklärt worden (vergl. AS 31 N° 111 S. 639 Erw. 3 ff., 36 I N° 109 S. 654 ff. Erw. 3), wie anderseits der Bundesrat der Bahn für den Erwerb solcher Waldungen das Expropriationsrecht eingeräumt hat.

Nachdem feststeht, dass die streitigen Grundstücke in Albisrieden s. Z. zur Fassung des darin vorhandenen Wassers erworben worden sind, dass das Wasser mit Ausnahme einer unerheblichen, unterwegs abgegebenen Quantität ausschliesslich für die Wasserversorgung des Bahnhofs, also unzweifelhaft zu Bahnbetriebszwecken dient und dass jene Bestimmung der Liegenschaft, d. h. ihre Ausnützung als Quellgrundstück die vorwiegende, hauptsächlich ist, neben der die andere, d. h. die Erzielung eines landwirtschaftlichen Ertrages durch Verpachtung nur eine ganz untergeordnete Rolle spielt, muss daher das Begehren der S. B. B. um Befreiung von der Steuerpflicht auch hier nicht nur hinsichtlich der Quellenanlage, sondern der ganzen Liegenschaft als begründet geschützt werden, ohne dass etwas darauf ankäme, ob die Bahn sich das dadurch gewonnene Wasser auch von anderer Seite verschaffen und ob sie für die Wassergewinnung mit einer blossen dahingehenden Dienstbarkeit auskommen könnte. Im übrigen ist, was speziell den letzteren Punkt betrifft, klar, dass das Eigentum an einem Grundstück für die Zwecke der Wasserfassung immer grössere Vorteile bietet als eine blosser Dienstbarkeit, weil es, ganz abgesehen von der Reinhaltung des Wassers, dem Berechtigten für den Zutritt zum Grundstück zur Unterhaltung und allfälligen Erweiterung der bestehenden Anlagen sowie Vornahme der hiefür nötigen Arbeiten grössere Freiheit gewährt als diese. Ebenso darf als sicher angenommen werden, dass die Bahn, wenn sie durch die Erwerbung einer Dienstbarkeit den nämlichen Erfolg hätte erreichen können wie durch diejenige der Liegenschaft selbst, sich mit jener begnügt hätte, da nicht einzusehen ist, welches Interesse sie sonst an dem Besitze des

Grundstücks bei dem geringen Ertrage, der sich daraus wegen der durch das Vorhandensein der Quellfassung gegebenen Beschränkung in der Verwendung erzielen lässt, hätte haben können. Wenn sie sich dennoch zum Ankauf des Landes entschlossen hat, so lässt sich dies nur damit erklären, dass entweder der Grundeigentümer die Quellen ohne das Land nicht abtreten wollte oder dass sie es im Interesse der von ihr beabsichtigten Wasserfassungsanlage für nötig und zweckmässig hielt. Es wären daher auch von diesem Standpunkt betrachtet die Voraussetzungen für die Steuerbefreiung nach Art. 10 des Rückkaufgesetzes erfüllt.

Demnach hat das Bundesgericht
erkannt:

Die Beschwerde wird gutgeheissen und demgemäss die vom Kanton Zürich und der Gemeinde Albisrieden beanspruchte Besteuerung der streitigen Grundstücke im Gemeindebann Albisrieden für unzulässig erklärt.

X. VERZICHT AUF DAS SCHWEIZERBÜRGERRECHT

RENONCIATION A LA NATIONALITÉ SUISSE

49. Urteil vom 26. Oktober 1916 i. S. Henseler-Dulong.

Voraussetzungen der Zulässigkeit des Verzichts auf das Schweizerbürgerrecht (Art. 7 u. 9 Abs. 3 des BG v. 25. Juni 1903): Vollmacht zur Abgabe der Verzichtserklärung? — Fähigkeit des gemäss Art. 395 ZGB Verbeiständeten zur selbständigen Wohnsitznahme und Erklärung des Bürgerrechtsverzichts. Begriff der «ehe-männlichen Gewalt» im Sinne von Art. 9 Abs. 3 des Bürger-

rechtsgesetzes seit Inkrafttreten des ZGB. — Unerheblichkeit der Motive des an sich gesetzlich berechtigten Bürgerrechtsverzichts.

A. — Die vorliegende Angelegenheit ist durch Urteil des Bundesgerichts vom 19. März 1914 (AS 40 I, N° 5 S. 43 ff.), auf dessen Tatbestand und Erwägungen hier Bezug genommen wird, zur richtigen Durchführung des Verfahrens nach Art. 8 des BG betr. die Erwerbung des Schweizerbürgerrechts und den Verzicht auf dasselbe, vom 25. Juni 1903, an den Regierungsrat des Kantons Aargau zurückgewiesen worden. In der Folge hat Advokat Bartsch in Freiburg im Namen des Alfred Henseler in New-York dessen Gesuch um Entlassung aus dem aargauischen Kantonsbürgerrecht und damit *implicite* aus dem Schweizerbürgerrecht unter Berufung auf die bereits beigebrachten Akten erneuert und dabei ausdrücklich erklärt, die Staatsangehörigkeit der Ehefrau und der beiden erwachsenen Söhne des Gesuchstellers solle hierdurch nicht berührt werden. Gegenüber diesem Gesuch sind im Verfahren nach Art. 8 des BG vom 25. Juni 1903 folgende Einsprachen erhoben worden:

1. Die Ehefrau Blanche Henseler-Dulong und die Söhne Erich und Reginald Henseler in Freiburg haben in gemeinsamer Eingabe vom 29. Juli 1916 erklärt, sich der Entlassung ihres Ehemanns und Vaters aus dem Schweizerbürgerrecht zu widersetzen. Sie beanstanden in formeller Hinsicht die Vollmacht des Anwalts Henseler als ungenügend und wenden materiell ein: Das streitige Gesuch sei schon deswegen abzuweisen, weil man es hier beim Erwerb des amerikanischen und Verzicht auf das schweizerische Bürgerrecht um ein Vorgehen *in fraudem legis* zu tun habe, indem Henseler damit lediglich den Zweck verfolge, die ihm in Freiburg bestellte Beistandschaft abzuschütteln, das dort verwaltete Vermögen herauszubekommen und sich der Pflicht des Unterhalts seiner Ehefrau zu entziehen. Ueberdies fehlten auch die in Art. 7 litt. a bis c des BG vom 25. Juni 1903 bestimmten